

013/2005

Stuttgart, den 21.1.2005

Grüne wollen Nahverkehr retten

Palmer: Angedachte Kürzungen wären Todesstoß für den öffentlichen Nahverkehr

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer hat die nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung geplanten Kürzungen der Bundesmittel für den Nahverkehr um eine Milliarde Euro ab 2008 scharf kritisiert: „Wenn Stolpe und Eichel sich wirklich darauf geeinigt haben, überbeuerte ICE-Strecken in Zukunft durch einen Ausbaustopp für den öffentlichen Nahverkehr zu finanzieren, dann sind die SPD-Minister in dieser Frage politische Gegner der Grünen. Das wäre eine Bankrotterklärung für die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung.“

Palmer forderte Landesverkehrsminister Mappus auf, sofort klar Stellung gegen die Pläne der SPD-Minister im Bund zu beziehen: „Die Verwirklichung der Kürzungsabsichten würde voll zu Lasten der Länder gehen, die für den Nahverkehr auf der Schiene zuständig sind und dafür Bundesmittel erhalten. Statt 760 Millionen Euro im Jahr 2007 stünden im Jahr 2008 nur noch 650 Millionen Euro im Jahr 2008 zur Verfügung. Das würde das Land zur Aufgabe aller Ausbauprojekte im Nahverkehr und zu drastischen Einschnitten vorhandener Verkehrsleistungen zwingen. Dem darf

die Landesregierung keinesfalls zustimmen, auch wenn ihre eigene Politik der letzten Jahre kein bisschen besser war.“

Nach Palmers Auffassung muss der Bund endlich „sauteure und nutzlose Prestigeprojekte“ des Fernverkehrs der Bahn aufgeben, statt beim Nahverkehr zu streichen. Palmer: „Wenn Mappus Stuttgart 21 aufgeben würde und Stolpe sich von der ICE-Strecke durch den Thüringer Wald trennen könnte, wären zehn Milliarden Euro für sinnvollere Investitionen frei.“

Palmer kündigte an, die Fraktion der Grünen werde einen Entschließungsantrag zur Sicherung der Nahverkehrsmittel für die Schiene in den Landtag einbringen: „Gerade das Land Baden-Württemberg mit seinen staugeplagten Ballungsräumen kann auf einen weiteren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs keinesfalls verzichten. Hier sollte der Landtag möglichst mit einer Stimme sprechen, um dem Bund zu verdeutlichen, dass diese Kürzungen weder sinnvoll noch durchsetzbar sind.“